



Ida Pöttinger/Tanja Kalwar/Rüdiger Fries (Hg.): *Doing politics. Politisch agieren in der digitalen Gesellschaft*. München: kopaed 2016 (=Schriften zur Medienpädagogik, Band 50), 243 Seiten, 16,00 Euro.

Der sich beschleunigende Medienwandel und die damit einhergehenden Problematiken lassen verstärkt die Frage aufkommen, ob die aktuellen Öffentlichkeitsstrukturen politische Teilhabe auch in einem digitalen Zeitalter noch umfassend gewährleisten können. Die Dokumentation des 31. GMK-Forums Kommunikationskultur in Berlin fokussiert daher auf die gegenwärtige Rolle medienpädagogischer Praxis für die Förderung politischer Partizipation. Wie in der vorangegangenen Ausgabe stellt sie eine Mischung aus theoretischen Ansätzen, medienpolitischen Statements, medienpädagogischen Best Practices sowie professionsbezogenen Reflexionen und Diskussionen dar. Der Band ist auch Ausdruck eines doppelten Jubiläums: Die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) feierte 2014 ihr 30jähriges Bestehen und der Band ist die mittlerweile 50. Publikation der GMK-Schriftenreihe zur Medienpädagogik. Zeit und Platz für ein Resümee wird allerdings nicht eingeräumt, zu drängend und unbeantwortet erscheinen die aktuellen Herausforderungen.

Der Sammelband besteht aus fünf Abschnitten. Zu Beginn führen die Herausgeber_innen in den Medienkompetenzbegriff nach Dieter Baake ein, der bekanntermaßen in Medienkritik, Medienkunde, Mediennutzung und Mediengestaltung differenziert, und machen deutlich, warum Medienkompetenz mehr als je zuvor relevant ist.

Im zweiten Abschnitt werden ausgewählte theoretische Zugänge präsentiert. Der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, skizziert die Entwicklung des gesellschaftlichen Umgangs mit Daten und verbindet diese mit den Herausforderungen gegenwärtiger Medienpädagogik, die er in der „Reflexion der Bedingungen von Medienhandeln in der digitalen Mediendemokratie“ (S. 36) sieht. Dagmar Hoffmann (Siegen) widmet sich den veränderten Kontexten politischer Teilhabe und Sozialisation und verdeutlicht diese an ausgewählten Befunden zur politischen Partizipationskommunikation von Jugendlichen. Caja Thimm (Bonn) beschreibt in einem Parforceritt gleich einige Aspekte der Digitalisierung politischer Kommunikation und wie diese als Ausdruck von Mediatisierung gefasst werden können. Instruktiv zeigt Ingrid Volkmer (Melbourne) auf, wie global verbundene Jugendliche

in generationsspezifischen Öffentlichkeiten und Erlebnishorizonten aufwachsen, die keine Ländergrenzen mehr kennen, was sie nachvollziehbar die Konturen einer notwendig gewordenen länderübergreifenden Public Literacy postulieren lässt. Der Beitrag von Max Fuchs (Duisburg-Essen) hat eigentlich das Ziel, aktuelle Herausforderungen kultureller Bildung und der Kulturpädagogik herauszuarbeiten, verweist aber eher auf generelle politische Strukturen und Denkweisen.

Der dritte Abschnitt dokumentiert Stellungnahmen des deutschen Kulturrats zum Wandel des Urheberrechts, zur Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie von Kultur und Medien in der digitalen Medienwelt. Es folgen im vierten Abschnitt neun Beispiele medienpädagogischer Handlungspraxis, die fast alle als Best Practices charakterisiert werden können. Theoretisch gut fundiert und differenziert beleuchten beispielsweise Niels Brügger (München) und Anna Soßdorf (Düsseldorf), die Anforderungen, die bedacht werden müssen, damit „digitale Medien als Mittel zur politischen Teilhabe genutzt werden können“ (S. 130). Björn Friedrich (München) zeigt am Beispiel der Aktionswoche „Who’s watching you?“ auf, wie Jugendlichen auf innovative Weise die Themengebiete Überwachung, Privatsphäre und Datenschutz nahegebracht werden können. Elke Zobl (Salzburg) berichtet eindrucksvoll von einem medienkritisch ausgerichteten Projekt, das die partizipative Kultur- und Medienproduktion von Jugendlichen fördern möchte. Der Sammelband schließt mit einem fünften Abschnitt, der Ergebnisse einer Paneldiskussion über Medienpädagogik in ausgewählten europäischen Ländern dokumentiert.

Der Sammelband ist instruktiv und regt zum Nachdenken an, da er viele theoretische Perspektiven und praktische Erfahrungen versammelt. Er wird für diejenigen Leser_innen sinnvoll sein, die sich einen komprimierten Überblick über die Vielfältigkeit der Teilhabe-Potenziale und Tücken der digitalen Transformation der Lebenswelt von Jugendlichen und den damit verbundenen medienpädagogischen Implikationen und Möglichkeiten verschaffen wollen. Wünschenswert wäre es allerdings gewesen, wenn die Herausgeber_innen stärker versucht hätten, alle im Band zum Ausdruck gebrachten Positionen z. B. mit einem roten Faden argumentativ zu verbinden und/oder in einem Resümee kritisch zu reflektieren. So stellt der Sammelband mehr eine Fundgrube denn eine systematische Auseinan-

Der Sammelband ist instruktiv und regt zum Nachdenken an, da er viele theoretische Perspektiven und praktische Erfahrungen versammelt.

dersetzung mit dem Thema dar, was aber implizit wiederum die aktuelle gesellschaftspolitische Situation in ihrer Form als komplexe und konfliktäre Gemengelage gut abbildet.

Jeffrey Wimmer, Augsburg



Anna C. Korteweg/Gökçe Yurdakul: Kopftuch-Debatten in Europa. Konflikte um Zugehörigkeit in nationalen Narrativen. Bielefeld: transcript Verlag 2016, 290 Seiten, 29,99 Euro.

Ein großer Wert dieses Buches liegt allein schon in der Art des Zugriffs zum Thema: Die Autorinnen analysieren die Debatten ums Kopftuch im Kontext nationaler Narrative von vier europäischen Ländern. Damit drehen sie die Perspektive um – nicht das Für und Wider von Kopftuch, Niqab und Burka und deren Bedeutung für muslimische Gläubige wird diskutiert, sondern die Hintergründe derer, die diese akzeptieren oder ablehnen. Der Vergleich verschiedener Länder öffnet einen weiteren Horizont und kann zeigen, wie Ausgrenzung oder Akzeptanz in der Geschichte und im Selbstverständnis einer Nation verankert sind. Die vier Länder sind klug gewählt: Deutschland und Holland, die Türkei und Frankreich bilden Pole, deren Vergleich in dieser Debatte äußerst aufschlussreich ist.

Die Türkei und Frankreich sind laizistische Staaten, die eine strikte Trennung von Religion und Staat in der Verfassung festgeschrieben haben. Das Tragen eines Kopftuchs in öffentlichen Institutionen wird als Zurückweisung des republikanischen Selbstverständnisses gelesen und ist aus diesem Grund verboten. Freilich zeigt sich hier auch schon, dass in dem Thema eine Dynamik liegt, die manche Ergebnisse der Studie bereits veraltet erscheinen lässt. Die zugrunde liegenden Quellen sind zwischen 1996 und 2013 entstanden und insbesondere in der Türkei haben sich die Verhältnisse seither dramatisch geändert. Nach und nach hatte in den vergangenen Jahren die regierende AKP unter Präsident Erdogan das Kopftuchverbot gelockert, an Schulen und Universitäten darf es schon seit längerem wieder getragen werden, in Zukunft soll es auch Soldatinnen erlaubt sein.

Gerade in der mehrheitlich islamischen Türkei zeigt das, wie sehr das Kopftuch in der öffentlichen Wahrnehmung von einem religiösen Symbol zu einem politischen wurde. Begrüßen die einen die Erlaubnis als Ende einer Diskriminierung, über die